

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Nahrungszuschuß auf Reichskosten. — Bahnstreik beigelegt.

1 1/2 Milliarden Mark vom Reich, Staat und Gemeinden zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Noch ein Blockademonat. — Strafe für Scapa Flow. — Hamburg unklar. — Oberpräsident Winnig Otkommisar auch für den Negebezirk.

Senkung der Lebensmittelpreise.

Das Lebensmittelpreise und Streiks in engstem Zusammenhang stehen, hat uns die Erfahrung in den letzten Jahrzehnten und besonders der letzten Jahre eindringlich vor Augen geführt. Jede Steigerung der Lebensmittelpreise hat Lohnbewegungen zur Folge gehabt, da die große Menge die verdienten Lebensmittel nur bei einer Erhöhung ihres Einkommens bezahlen konnte. Jetzt versucht die preussische Eisenbahnverwaltung umgekehrt durch eine Senkung der Lebensmittelpreise die Lohnbewegung der Eisenbahner zu beenden. Es ist zwar zweifelhaft, ob gerade bei dem Eisenbahnstreik die Lohnbewegung das treibende Motiv gewesen ist, indessen scheint es, als ob bei den einschüchternden Führern der Bewegung der Versuch des preussischen Staatsministeriums doch einen fürchtbaren Boden gefunden hat. Gegen das Versprechen der Senkung der Lebensmittelpreise durch Bereitstellung großer staatlicher Zuschüsse haben sich die Beauftragten der streikenden Eisenbahner bereit erklärt, ihre Arbeitsleistung der Arbeit zu empfehlen. Noch steht zwar nicht fest, ob die Streikenden dem Abkommen zustimmen werden, doch dürfte es zweifellos bei einem großen Teile der Luft zur Fortsetzung des Streikes erheblich vermindern. Die Belastungen, die durch die Bereitstellung so erheblicher Mittel Reich, Staat und Gemeinden erwachsen, sind außerordentlich groß. Nach den Mitteilungen des Eisenbahnministers Dejer ist die Regierung bereit, für die nächsten drei Monate 500 Millionen zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Diese Summe ist jedoch nur der dritte Teil dessen, was in Preußen im ganzen für die Senkung der Lebensmittelpreise verausgabt werden soll, da auch Reich und Gemeinden je ein Drittel zu tragen haben werden. Man kann wohl Zweifel hegen, ob durch eine solche künstliche Senkung der Preise sich dauernd Abhilfe schaffen läßt. Darum handelt es sich jedoch auch nicht, da anzunehmen ist, daß bei der Aufhebung der Blockade und der Zulassung des freien Handels nach der Ratifizierung des Friedensvertrages die Lebensmittelpreise eine natürliche Verringerung erfahren werden. Als Ubergangsstadium ist die Maßregel vielleicht zweckmäßig. Jedenfalls wäre es mit Freuden zu begrüßen, wenn sie nur dazu dienen würde, die Aufwärtsbewegung der Preise für Lebensmittel und täglichen Bedarf endlich einmal zu hemmen und wenn sie auf diese Weise dazu beitragen würde, daß die Volkswirtschaft, die materiellen Umläufe entgegen, endlich einmal zu einem gewissen Stillstand kommen. Besonders erfreulich wäre es, wenn damit die Ausstandsbeziehung der Eisenbahner ohne Gewaltmittel zum Abschluß kommen würde, da mit der Ablösung des Verkehrs die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen und sonstigen notwendigen Bedarfsmitteln aufs äußerste gefährdet wird. Wenn auch die Gewährung von Zuschüssen in der Lebensmittelversorgung aus öffentlichen Mitteln immerhin vielfach nur eine scheinbare Erleichterung der materiellen Notlage weiter Kreise ist, so bringt sie doch den unheimlichen Schichten des Volkes insofern eine gewisse Erleichterung, als die Hauptlast bei der Aufbringung der Steuern nach der ganzen heutigen Wirtschaftslage den großen Einkommen und großen Vermögen zufällt. Die Zuschüsse zu der Lebensmittelversorgung müssen daher als eine soziale Maßnahme von weittragender Bedeutung angesehen und gerühmt werden.

Am 21. Juni entnommen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen auch diejenigen in dem Memorandum vom 16. Juni enthaltenen Forderungen als verbindlich ansehen, die nicht ausdrücklich in den Bestimmungen des Friedensvertrages aufgenommen sind. Sie habe keine Bedenken dagegen, daß zur Vermeidung von Mißverständnissen ein Teil dieser Forderungen in einem Schlussprotokoll des in der Note vom 21. Juni vorgeschlagenen Rahmens niedergelegt werde. In der zweiten Note erklärt die deutsche Regierung, daß sie gemäß Artikel 492 des Friedensvertrages sich nicht für verpflichtet hält, das von den alliierten und assoziierten Mächten angearbeitete Abkommen über die Rheinlande ohne weiteres als bindend anzuerkennen.

Wilhelm II. für die Unterzeichnung?

Stuttgart, 25. Juni. Auf dem Wege über Basel erhält die „Süddeutsche Zeitung“ folgende Meldung aus Paris: Die Pariser Blätter berichten aus Koblenz, daß ein Brief des deutschen Kaisers nach Berlin gelangt sei, wonach er Deutschland den Rat gegeben habe, den Frieden zu unterzeichnen. Der Brief sei aus Amerongen von besonderen Beauftragten nach Berlin zu Händen des ehemaligen Leiters der Reichsregierung (Scheidemann) überbracht worden. Auch Behörden von Frankfurt, Mainz, Koblenz und Köln wurde dieser Brief des Kaisers übergeben. Er habe besonders in den Kreisen Einbruch gemacht, die bisher gegen die Unterzeichnung waren.

W.B. Haag, 25. Juni. Die Ergebnisse des Friedensschlusses läßt die Londoner „Nation“ folgendermaßen zusammenfassen: Der Frieden bedeutet, daß man aufhört, die Deutschen zu erschrecken, ihre Gefangenen festzuhalten, und die deutschen Häfen zu blockieren. Aber das ist alles. Er gibt den Deutschen nicht das Recht, Waren in die alliierten Länder zu schicken oder dort geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Die Weltgeschichte enthält kein trasseres Beispiel des wirtschaftlichen Imperialismus. Wie die Anlage der Dampferlinien baronisch gegen Frankreich zu richten ist, so sind wir in erster Linie dieser heillosen Handelspolitik und der kolonialen Verwicklungen müde. Frankreich nahm ein wertvolles Kohlengebiet, wir vernichten einen Handelszweig. Die Verdienste unseres Schiffahrtsverkehrs, unserer Banken und Rohstoffproduzenten werden rein private Verdienste sein. Der deutsche Wettbewerb wird auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Das ist eine teilsame Art Gleichheit der Handelsbedingungen zu verwirklichen. Wir können hoffen und können dafür arbeiten, daß der Vertrag bald revidiert werde, aber für die Zwischenzeit leben wir keine glückliche Vorbereitung. Der Vertrag ist weiter nichts als eine Episode im Prozeß der Wiedergeburt Deutschlands. Er bringt weder Verbittern noch Hoffnung.

Poincaré in Sorge um den Dauerfrieden.

W.B. Versailles, 27. Juni. Gestern fand im Elysée eine Tafel zu Ehren Wilsons und dessen Gemahlin sowie aller Mitglieder der alliierten und assoziierten Friedensdelegationen statt. Poincaré brachte einen Trinkspruch aus, in welchem er vor allem auf die Tätigkeit Wilsons bei der Friedenskonferenz hinwies. Für die Durchführung der Verträge sei die unabänderliche Einigkeit aller Alliierten auch weiterhin notwendig. Poincaré erklärte: Die Delegierten der feindlichen Länder haben sich nicht monatelang versammelt, noch die Delegierten des besiegten Deutschlands nach Versailles berufen, nur ein Stück Papier in den Händen zu behalten. Wie Sie, Herr Präsident, wollen wir alle, daß der Friede nicht ein leeres Wort, eine flüchtige Hoffnung, eine vorübergehende Illusion sei, sondern, daß die Gesellschaft der Nationen wohlthätige Wirklichkeit wird und daß alle Klammern, welche unsere feindlichen Feinde unterzeichnen werden, loyal und ohne Hintergedanken, ohne Anstöße eingehalten werden. Auf die Verurteilung der deutschen Schiffe in Scapa Flow, die Verbrechen der französischen Fahnen in Berlin und die angeblichen Vorbereitungen gegen Polen anspielend, erklärte Poincaré, daß die Verletzungen eines Vertrages, noch bevor er unterschrieben sei, den Alliierten die Pflicht auferlege, sorgfältig darüber zu wachen, daß verbrecherische Hände nicht plötzlich wieder Brandherde entzündeten. Ein wahrer Friede würde erst aus dem fortgesetzten Zusammenwirken der alliierten und assoziierten Völker hervorgehen. Er trinke auf die Unsterblichkeit der französischen und amerikanischen Freundschaft, auf die unzerstörbare Einheit aller alliierten und assoziierten Nationen.

Clemenceau gegen die Türkei.

W.B. Versailles, 27. Juni. „Petit Parisien“ meldet, daß Clemenceau namens der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der türkischen Delegation eine Antwortnote zukommen ließ, in der Clemenceau ihn daran erinnert, daß die Türkei gemäß der Denkschrift der türkischen Delegation keinen Grund zu einem Konflikt mit den Entente-Mächten hatte und lediglich als gefügiges Werkzeug Deutschlands in den Krieg gezogen sei. Clemenceau erklärt, daß die Hebe der türkischen Delegation, wonach die Verantwortlichkeit für die erbarmungslose Kriegführung, die unerhörten Greuel und Majestätsverbrechen der türkischen Führer des türkischen Volkes nicht zur Last gelegt werden dürften, für die Alliierten unannehmbar sei. Auch müsse die Türkei die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Die völlige territoriale Wiederherstellung der Türkei sei gleichfalls unmöglich, da die Türken sich stets unabhängig erwiesen hätten, fremde Völker, welche sie beherrschten, friedlich weiter zu entwickeln. In allen Gebieten, welche die Türkei mit den Waffen eroberte, sei die materielle Wohlfahrt und Kultur gesunken.

W.B. London, 27. Juni. („Reuter“.) In Beantwortung der Anfrage über einen Bericht, daß die Griechen in Smyrna angegriffen von alliierten Kriegsschiffe die Türken massakrierten, sagte Parnsworth im Unterhaus: Ich bedaure, nach den eingegangenen offiziellen Berichten sagen zu müssen, daß nicht daran gewagt werden kann, daß eine Anzahl türkischer Offiziere und Mannschaften ihr Leben in der angegebenen Weise opferten. Die Sache wird von der britischen Delegation in Paris ernstlich untersucht. Ich glaube, daß die griechische Regierung die Ereignisse bedauert und alles tut, um eine Wiederholung zu verhindern.

Der Völkerbund im amerikanischen Senat.

New York, 22. Juni. Im Bundes-Senat wird die Ansprache über den Völkerbund fortgesetzt. Senator Sherman führt aus, der Völkerbund werde den Pazifisten zum Herrn der Welt machen, denn die katholischen Mächte würden über 24 von 45 Stimmen verfügen. Senator Began verlangt den dauernden Ausschluß der Japaner aus den Vereinigten Staaten. Er nennt sie asiatische „Gummis“ und will das freie Bestimmungsrecht der Union ihnen gegenüber durch den Völkerbund nicht einschränken lassen.

Der Bundes-Reisende (oberste Bankbehörde der Vereinigten Staaten) beantragt beim Kongreß, es solle den Nationalbanken die gesetzliche Genehmigung erteilt werden, ihre Gelder in Afrika der Ausfuhrindustrie anzulegen, um damit die Erteilung langfristiger Kredite für Europa zu ermöglichen.

Der Kongreß ist dabei, die Beschuldigungen gegen den Bundesanwalt Palmer zu untersuchen, wonach dieser als Bevollmächtigter des feindlichen Eigentums große deutsche Lieberlassungen weit unter Wert an persönliche Freunde verkauft habe. Es wurde bei dieser Untersuchung unter Eid bezeugt, daß Palmer die Bosch Magneto Co. (Zweiganstalt der großen Stuttgarter Firma Robert Bosch & Co.) für nur vier Millionen losgeschlagen habe, obwohl ihr wirklicher Verkaufswert 15 Millionen betrage.

Vor einem andern Untersuchungsausschuß des Kongresses wurde von den Vertretern der chemischen Industrie behauptet, daß Deutschland für zwanzig Millionen Dollars Farbstoffe aufgeschperrt habe, um sie nach Friedensschluß unter Kostenpreis herüberzuwerfen. Es wurde deshalb eine erhebliche Erigerung des Zollfußes verlangt und die Vergabe der deutschen Patente in freier Eigenmacht. Zahlreiche und bringende Petitionen haben das Kriegsamt genötigt, wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften aus Deutschland wieder zur Einfuhr zuzulassen.

Wilson für ein Sonderbündnis.

W.B. Paris, 27. Juni. („Reuter“.) Bei dem Abschied der amerikanischen Friedensdelegation erklärte Wilson, er sei bereit, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich verpflichteten, Frankreich zur Hilfe zu kommen, falls es von Deutschland bedroht werde.

Scapa Flow im Viererrat.

W.B. Versailles, 27. Juni. Heute Vormittag fand, nach der „Berliner“ eine Sitzung der Sachverständigen statt, die dem Viererrat Strafmaßnahmen für die Rückführung der deutschen Flotte vorzuschlagen soll.

W.B. Amsterdam, 27. Juni. Die englischen Blätter vom 25. Juni bringen eine amtliche Meldung der britischen Admiralität über die Vorfälle auf dem britischen Kriegsschiff „Heron“ nach der Verletzung der deutschen Flotte. Am Sonntag nachmittags hielt der englische Admiral Freeman eine Rede an die auf dem Kriegsschiff aufgestellten deutschen Seefahrer, in der er von einer berräterischen Handlung sprach. Der deutsche Kommandant, von Reuter erwiderte, daß er allein verantwortlich sei. Er habe das getan, was jeder britische Seemann unter den gleichen Umständen getan haben würde, und er würde es jederzeit wieder tun. Die deutschen Offiziere und Matrosen markierten hin und wieder, wie die englischen Blätter melden, „hochmütig“ inmitten der sie bedrohenden Bevölkerung in das Gefangenengebiet.

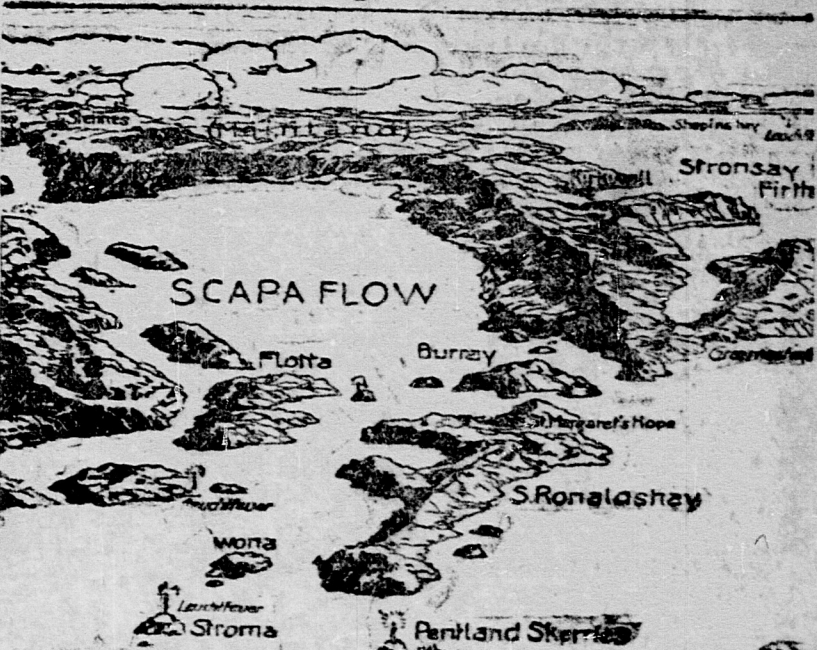
W.B. Amsterdam, 27. Juni. Aus einer in der „Times“ vom 25. Juni veröffentlichten Beschreibung eines Augenzeugen der Verletzung der deutschen Flotte in Scapa Flow geht hervor, daß britische Matrosen auf Befehl ihrer Offiziere aus nächster Nähe auf die wehrlose in den Booten befindliche Besatzung der „Frankfurt“ feuerten, weil die Besatzung sich nicht auf das Schiff zurückbeugte, da dieses im Feuer war zu finden. Ein deutscher Offizier rief den Engländern vom Boot herans an: „Sie haben vier meiner Leute getötet, und wir haben keine Waffen. Wir können nicht auf unsere Schiffe zurück, sie sinken.“

Bauauf der verlassenen deutschen Kriegsschiffe.

W.B. Paris, 26. Juni. Nach einer Mitteilung der britischen Admiralität wird der Zustand der deutschen Schiffe in der Scapa-Flow untersucht. Bislang wurde folgendes festgestellt: Der Kreuzer „Hagen“ ist etwa drei Fuß unter die Wasserlinie und kann vielleicht trocken gelegt werden. Die Hauptmaschinen wurden nicht beschädigt. Das Schiff „Emden“ ist nur leicht havariert. „Königsberg“ liegt stark gegen Längsseite, allem Anschein nach wenig beschädigt. Wenn die Arbeiten der Marinewerkstätten nicht gelingen, ist wenig Hoffnung, den Rest der verlassenen Schiffe zu heben.

W.B. Amsterdam, 26. Juni. „Daily News“ vom 24. Juni wird aus Lurso gemeldet, daß die Schiffe über die Verluste der Deutschen bei der Verletzung der Schiffe sehr auseinandergehen. Nach einem Bericht sollen hundert Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere hundert.

Scapa Flow.



Noch einen Monat Lebensmittelblockade.

W.B. London, 27. Juni. „Reuter“ erfährt: Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraums, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Wirksamkeit treten. Der Ausschub ist durch die Bestimmung verursacht, daß der Vertrag von den Parlamenten der einzelnen beteiligten Länder ratifiziert werden muß. Die gegenwärtigen Kriegsausnahmen einschließlich der Blockade werden daher während der Zwischenzeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation in Kraft bleiben.

Neue Lebensmittelsperre über Deutschland?

B. D. Von der Schweizer Grenze, 27. Juni. Aus Paris wird gemeldet: In den Kreisen der Friedenskonferenz erwägt man für den Fall, daß die Rutsche und Plünderungen in Deutschland andauern sollten, ernstlich, auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland zu sperren, bis die Regierung eine geordnete Verteilung der Lebensmittel garantieren kann. („Nationalzeitung“.)

Erzberger fluchtbereit nach der Schweiz?

B. D. Berlin, 28. Juni. Die „Deutsche Zeitung“ bringt folgende Sensation: Wie wir hören, hat sich Herr Erzberger einen Paß nach der Schweiz ausstellen lassen. Mit seiner Flucht ist schließlich zu rechnen. — Es ist in den frühen Morgenstunden noch nicht möglich, eine authentische Äußerung zu dieser heizeren Nachricht zu erhalten.

Zum Friedensvertrag.

W.B. Versailles, 27. Juni. Die Abendblätter bringen die Anordnung der Reihenfolge der Plätze für die Bevollmächtigten und Delegationen zur Unterzeichnungszeremonie im Friedenssaal. Ferner veröffentlicht die Abendblätter, daß vier Dokumente allen Delegierten und einem Teile der Bevollmächtigten zur Unterzeichnung vorgelesen werden, nämlich der Friedensvertrag, das dem Vertrag angehängte Protokoll, die Abmachung über das linke Rheintal und die Anerkennungsnote des polnischen Staates. Die neue italienische Delegation unter Führung Tittonis wird erst Sonntag in Paris eintreffen.

W.B. Versailles, 27. Juni. Der Gesandte v. Daniel hat heute im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau zwei Noten zustellen lassen. In der ersten Note erklärt die deutsche Regierung, sie habe aus der Note